



### Herbstsession 2022

Die Herbstsession war geprägt von Debatten rund um die sich abzeichnende Krise der Energie- und Versorgungssicherheit. Wenn ein Viertel der Ratsmitglieder es für angezeigt halten, eine Ausserordentliche Session abzuhalten, wird das Sessionsprogramm entsprechend kurzfristig angepasst. Während dieser Herbstsession summierten sich gleich drei solcher Ausserordentlichen Sessions: zu den Themen Kaufkraft, Versorgungssicherheit und dringlicher Kredit für die Elektrizitätswirtschaft. Ich habe den Eindruck, dass nicht alle dieser Ausserordentlichen Sessions das gleiche Ziel hatten. Dringlich war die Debatte zur Sicherung der Liquidität für die Elektrizitätsbranche. Hingegen bin ich nicht einverstanden damit, dass es Parteien gibt, die das Instrument der Ausserordentlichen Session dafür nutzen, um ihre eigene Wählerschaft zu bedienen. So habe ich mich auch in der Aargauer Zeitung ([Link](#)) dazu geäußert. Diese Umtraktandierung hat dazu geführt, dass am letzten Sessionsmontag eine Open-End-Sitzung durchgeführt und geplante, beratungsreife Geschäfte auf die Wintersession verschoben werden mussten, denn die Beratungszeit pro Session ist beschränkt.

Apropos Beratungszeit: Jedes Ratsgeschäft wird in eine Kategorie eingeteilt. Diese Einteilung gibt uns dann klar vor, wie viele Minuten durch die Sprecher der Kommission, Minderheiten, Fraktionen und Bundesrat zum Geschäft gesprochen werden darf. Ich persönlich bin ab und zu als Fraktionssprecherin im Einsatz. Dafür habe ich mir in Word eine Vorlage gemacht, die +/- pro Seite genau eine Redeminute für mich gibt. Darf ich somit fünf Minuten sprechen, schreibe ich nie mehr als fünf Seiten Text in der Vorbereitung auf die Debatte.

Auf drei Termine und Anlässe möchte ich an dieser Stelle hinweisen:

Meinen Apéro Fédéral, welchen ich im letzten Video auf den 7. November angekündigt hatte, muss ich leider verschieben, da ich exakt dann Teil einer Reisedelegation des Bundespräsidenten sein werde. Ich versuche, stattdessen im Dezember einen

Apéro Fédéral zu organisieren und werde Sie darüber orientieren, sobald alles organisiert werden konnte. Es tut mir leid für diese Verschiebung.

Am Mittwoch, 14. Dezember 2022 lade ich Sie von 16.00 – 19.00 auf einen Besuch im Bundeshaus ein, inklusive Führung durch mich in der Kuppelhalle. Es sind wenige Plätze verfügbar. Wer dabei sein möchte, meldet sich bitte direkt bei meinem persönlichen Mitarbeiter, Herrn Benjamin Böhler, per Email an: [boehler@maja-riniker.ch](mailto:boehler@maja-riniker.ch). Er wird den Besuch im Bundeshaus begleiten.

Des Weiteren empfehle ich Ihnen sehr, den Apéro Fédéral vom 15. Mai 2023 schon heute in ihrer Agenda vorzumerken. Ich werde an diesem Abend ab ca. 17.00 nach Aarau einladen. Es ist mir schon jetzt eine grosse Freude und Ehre, Ihnen bekannt geben zu können, dass mich an diesem Abend Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter begleiten wird. Die Details zum Abendanlass erfahren Sie via meine Homepage, Social Media und diesen Newsletter.

Ich freue mich schon jetzt auf die kommende Wintersession und hoffe, dass Sie bis dahin schöne Herbsttage erleben werden.

*Maja Riniker*

## **Rettungsschirm für die Stromunternehmen**

Im Parlament haben wir den mit zehn Milliarden Franken dotierten Rettungsschirm für Stromunternehmen deutlich genehmigt. Der Bundesrat hatte den Rettungsschirm bereits davor aktiviert, nachdem der Stromkonzern Axpo um Hilfe ersucht hatte. Die Axpo kann dank ihm im Notfall auf bis zu vier Milliarden Franken des Bundes zurückgreifen. Meine Fraktion hat angesichts der grossen Dringlichkeit und aus politischer Raison dem Geschäft grossmehrheitlich zugestimmt. In der Detailberatung wurde jedoch darauf hingewirkt, dass die Auszahlung der Mittel an klare Bedingungen geknüpft wird. So soll nur Geld fließen, wenn ein Unternehmen alles Zumutbare unternommen hat, um seine Liquiditätsprobleme zu lösen und nicht überschuldet ist. Zudem müssen gewisse unternehmerische Anforderungen erfüllt werden wie z.B. der Verzicht auf Dividendenauszahlungen oder Transparenz-Vorschriften.

Auch wenn eine Rettung der Axpo angesichts der grossen Dringlichkeit wichtig war, so zeigt diese tragische Situation in erster Linie, dass das Geschäftsmodell des Stromkonzerns kritisch hinterfragt werden muss. Angesichts der derzeitig angespannten Lage im Strommarkt ist dabei vor allem ihre Rolle zur Sicherung der Versorgung ins Zentrum zu rücken. Der Rettungsschirm wird bereits am 1. Oktober in Kraft treten, da er von den Räten für dringlich erklärt wurde.

Für mich war klar, dass ich dieses Geschäft unterstützen werde. Im schlimmsten Fall könnte es in dieser Situation zu einer unkontrollierbaren Kettenreaktion kommen, welche die Liquidität eines systemrelevanten Stromkonzerns und auch die Schweizer Stromversorgung gefährden könnte. Das wäre ein Worst-Case-Szenario gewesen, welches wir nun mit dem Rettungsschirm verhindern konnten.

## **Armeebotschaft – das neue Kampfflugzeug F-35**

Nach dem Ständerat hat in dieser Session auch der Nationalrat die aktuellen Armeebotschaft (2022) mit einem Umfang von 9,5 Milliarden Franken gutgeheissen. Wir haben im Nationalrat alle Änderungen übernommen, die im Ständerat eingeführt wurden: Neben den 300 Millionen Mehrausgaben, um die Armee schneller den veränderten geopolitischen Gegebenheiten anzupassen, wurde auch die Klausel bestätigt, die den Bundesrat verpflichtet die F-35 Offerte anzunehmen, bevor diese ausläuft. Zudem wurde der Entscheid unterstützt, die Ausserdienststellung der F-5 Kampfflugzeuge auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Mit einer Heerschar an Anträgen haben die linken Parteien versucht, verschiedenste Posten (bspw. die Munitionsabgabe an Schützenvereinen) zu kürzen oder zu streichen. Jedes Mal unterlagen sie jedoch einem geschlossenen bürgerlichen Block. Der Versuch den Volkswillen mit ihrer «Stopp F-35»-Initiative mit Füßen zu treten und auf unrühmliche Weise eine erneute Abstimmung zu forcieren, scheiterte ebenfalls, als die besagte Kaufklausel bestätigt wurde.

Die Beratung hat erneut gezeigt, dass der bürgerliche Block unter der Führung des Themenleaders meiner Partei die Sicherheit des Schweizer Bevölkerung ernst nimmt. In der Zwischenzeit hat das VBS den Kaufvertrag unterschrieben und die Initianten haben ihre Zwängerei-Initiative zurückgezogen.

Es hat mich gefreut, dass mein Engagement in der Sicherheitspolitik messbar ist. In einer durch das Forschungsinstitut gfs.bern durchgeführten Studie ([Link](#)) zeigt sich, dass ich von allen Nationalräten den Platz Nr. 3 belege. Die Aargauer Zeitung spricht von armeefreundlichen Aargauern ([Link](#)).

## **Die Kaufkraft stärken - oder die eigene Wählerschaft bedienen**

In der Herbstsession nutzen diverse Parteien die Möglichkeit, eine ausserordentliche Session zum Thema Kaufkraft einzuberufen, um sich mit ideologisch übereilten Ideen zu überbieten. Die FDP lehnt dieses Schaulaufen der Symbolpolitik entschieden ab.

Es stimmt, dass die Inflation auch die Schweiz erreicht hat, doch hält sie sich im internationalen Vergleich klar im moderaten Rahmen und ist für einen Grossteil der Bevölkerung und Unternehmen verkraftbar. Unterstützungsmassnahmen mit der Giesskanne würden die Inflation mittelfristig nur weiter anheizen. Wenn schon braucht es zielgerichtete Unterstützungsmassnahmen für die betroffenen Personen, beispielsweise über eine Anpassung der Ergänzungsleistungen. Es obliegt jedoch dem Bundesrat, die Situation zu verfolgen und allenfalls Massnahmen zu beschliessen. So hat das Finanzdepartement beispielsweise während der Herbstsession beschlossen, zum Ausgleich der Folgen der kalten Progression die Tarife und Abzüge bei der direkten Bundessteuer ab dem Steuerjahr 2023 anzupassen. Damit macht das Departement vom bereits bestehenden Instrumentarium Gebrauch.

Leider aber sah das die Mehrheit des National- und Ständerats teilweise anders und unterstütze einige Anliegen von Mitte-Links. So sollen AHV-Rentnerinnen und -Rentner nach dem Willen beider Räte im kommenden Jahr den vollen Teuerungsausgleich erhalten. Die FDP kann diese Entscheide nicht nachvollziehen, da Rentner in den vergangenen Jahren aufgrund des sogenannten Mischindex stärker von AHV-

Erhöhungen profitiert haben, als sie dies aufgrund der Teuerung eigentlich hätten sollen.

Wie in meiner Einleitung zu diesem Newsletter schon ausgeführt, bedaure ich es, dass mit populistischen Forderungen schon jetzt Wahlkampf betrieben wird.

### **Krisenorganisation des Bundes**

Der Bundesrat soll, mit Blick auf künftige Krisen und als Lehre aus der Covid-19-Pandemie, Rechtsgrundlagen zur Einsetzung eines Fach-Krisenstabes ausarbeiten. Das haben wir im Parlament verlangt. Beide Räte haben einem Vorstoss zugestimmt, welcher durch die beiden Geschäftsprüfungskommissionen gefordert wurden. Es wurde kritisiert, dass die passive Rolle und die unkoordinierten Massnahmen des Bundes zu Beginn der Pandemie im ersten Halbjahr 2020 nicht sehr zielführend waren. Nun wurde gefordert, dass ein Krisenstab eingesetzt werden könnte und dafür die Aufgaben, Führungsstrukturen, Kommunikation, die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen sowie die Schnittstellen mit dem Bundesrat und den anderen Akteuren des Krisenmanagements geklärt werden müssen.

Der Bundesrat stellte sich gegen die Motion, auch wenn er das Anliegen für berechtigt hält. Er will die Krisenorganisation insgesamt unter die Lupe zu nehmen. Am Schluss aber wurde der Vorstoss überwiesen, nun hat der Bundesrat den Druck aus dem Parlament, zügig vorwärts zu machen.

### **Weltausstellung 2025 in Oksaka**

Wir wollten noch den Kredit zur Beteiligung der Schweiz an der Weltausstellung 2025 beraten. Doch dazu kam es in dieser Herbstsession leider nicht mehr und es ist davon auszugehen, dass wir im Dezember über das Engagement unserer Schweiz an der Weltausstellung in Japan beraten werden. Die Schweiz will sich unter dem Motto «Innovation» vor Ort präsentieren. Das Kostendach für den Schweizer Auftritt beträgt 17,6 Millionen Franken. Im Zentrum des Schweizer Pavillons soll die innovative, nachhaltige und wirtschaftlich leistungsfähige Schweiz stehen. Die Organisatoren rechnen mit rund 150 Teilnehmerländern und rund 28 Millionen Besucherinnen und Besuchern. Ich werde hoffentlich zu einem späteren Zeitpunkt wieder über dieses Geschäft berichten können.

### **Vorstoss im Herbst**

Im Zusammenhang mit dem Motto «Innovation» möchte ich noch auf meinen Vorstoss verweisen, den ich in dieser Herbstsession eingereicht habe. Er behandelt nämlich auch im weiteren Sinne ein Innovationsprogramm des Bundes. Mir ist es ein Anliegen, dass das Innovation Fellowship Programm des Eidgenössischen Personalamts (EPA) auch in Bereichen der sicherheitsrelevanten Technologien einen zusätzlichen Mehrwert schaffen könnte. Spezifische Kompetenzen und Innovationen z.B mit Institutionen beim VBS (armasuisse und Armee) könnten aufgebaut werden. Speziell die Informationstechnologie, die Robotik sowie die Cybersicherheit wären zu stärken. Diese Bereiche beeinflussen die Prosperität und Sicherheit der Schweiz in zunehmendem Ausmass. Ich bin gespannt, was der Bundesrat für Antworten liefern wird.

**Vorstoss:**

- [Interpellation: Fachkräftemangel in sicherheitsrelevanten Bereichen beim Bund angehen](#)

**Voten im Rat:**

- [Armeebotschaft 2022 \(3\)](#)
- [Armeebotschaft 2022 \(2\)](#)
- [Armeebotschaft 2022 \(1\)](#)